

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 144. für Anhalt und Thüringer. Jahrgang 200.

Bezugspreis für Halle und Barock 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr.  
 Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Preis: 10 Pf. — Postgebühren: 1 Pf. — Sonntagsblatt: 10 Pf. — Unterabteilung: 1 Pf. — Sonntagsblatt: 10 Pf. — Verlag: H. Scherff.  
 Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigstraße 87, Dinterhaus.  
 Telefon 158; Redaktion: Telefon 1272. Eing. Gr. Brunnhaustr. 19.  
 Schreibstube: Dr. Walter Griebenow in Halle a. S.  
**Zweite Ausgabe**  
**Dienstag, 26. März 1907.**  
 Geschäftsstelle in Berlin: Defauerstraße 14.  
 Telefon-Nummer VI a Nr. 11194.  
 Druck und Verlag von Otto Ziethe in Halle a. S.

### Zur Reform unserer Sozialpolitik.

Die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881, die mit Recht berüht gemordete Chronik, mit der unsere Sozialpolitik inaugurirt wurde, steht in Aussicht, daß die Teilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Reformen sozialdemokratischer Zuschnitten, sondern gleichzeitig auf dem der positiven Förderung des Volkes der Arbeiter zu suchen ist werde. Also auf der einen Seite die Reformen, ein Sozialengesetz, auf der anderen Seite die positive Förderung des Volkes der arbeitenden Klassen! Die kaiserliche Botschaft enthält aber auch noch einen dritten Programmpunkt, der über die Ausführung der Kosten der Sozialpolitik Aufschluß gibt: die damals geplante Einföhrung des Tabakmonopols und die stärkere Besteuerung der Getränke, also des Biers und des Braubrenntens. Aber sich heute für eine Weiterführung unserer Sozialpolitik auf die Botschaft Kaiser Wilhelm's I. beruft, wird also an der Erörterung über ein neues Sozialengesetz und den Ausbau der indirekten Verkehrssteuern scheinlich vorbekommen können. Es ist ein politisches Verdienst des Grafen von Bismarck, so im Verlaufe der Jahre auf diesen wichtigen Punkt in Inhalt der Novemberbotschaft Kaiser Wilhelm's I. zuerst aufmerksam gemacht zu haben. Auf der letzten Generalversammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschafts-Reformer“ hat namentlich auch das Herrenhausmitglied Dr. jur. von Burgsdorff-Warckenborf in seinem Referat über Wirkungen, Vereinfachung und Verteilung der Kosten unserer sozialpolitischen Gesetze sich des näheren ausgelassen. Nach dem jetzt ausgegebenen stenographischen Bericht über die 32. Generalversammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschafts-Reformer“ erklärte Herr Dr. von Burgsdorff folgendes:

Die Politik, welche dreierlei, nämlich erstens ein wirksames Sozialengesetz, zweitens als Gegengabe dafür die soziale Fürsorge, und drittens endlich sollter die Mittel erschaffen werden, um diese Gegengabe zu betreiben. Mit anderen Worten: Man wollte der Bekämpfung des sozialdemokratischen Gedankens entgegenzutreten mit allen Mitteln staatlicher Macht in Erinnerung an die Attentate von Hödel und Nobiling. Auf der anderen Seite aber wollte man — und Herr Bismarck hat dies klar in der Rede vom 15. März 1884 zum Ausdruck gebracht — daß als Korollar dieses Sozialengesetzes die erhöhte Bemühung für eine Besserung des Schicksals der Arbeiter Hand in Hand mit demselben gehen solle. „Das ist“, sagte Herr Bismarck, „das Komplement für das Sozialengesetz: nur wenn die Steuern entschlossen sind, die Lage der Arbeiter nicht zu verbessern, die bereit ist, daß das Sozialengesetz abzulehnen. Denn es ist eine Ungerechtigkeit, auf der einen Seite die Selbstwertbeugung einer arbeitenden Klasse unserer Mitbürger zu verhindern, und auf der anderen Seite ihnen nicht die Hand entgegenzureichen zur Hilfe desjenigen, was sie ungründlich macht.“ Nach meiner Auffassung hat also Herr Bismarck hier nur sagen wollen: Wenn ihr das Sozialengesetz nicht annehmt, so kann von der sozialen Fürsorge keine Rede sein. Für einen integrierenden Bestandteil der Allerhöchsten Botschaft muß ich aber auch den dritten Teil halten: nämlich die Aufbringung der Kosten. Ohne eine verständige Erörterung des Kostenspunktes würde die ganze soziale Gesetzgebung res. vana bleiben; die Gedulmtheit hindert eben notwendig zum Kriegführung nach außen. So stellt sich die Allerhöchste Botschaft dar als ein kostbares Geschenk, angeflammt mit allem, was dem sozialen Frieden dienen kann, und gestützt auf drei Säulen: Abwehr der Unglücksdruden, Hilfe den Bedrängten und endlich die bereiteten Mittel! Als dann unter dem Grafen Canaris der große Ausverkauf im Reich begann, hat man auch diesen kostbaren Preis zugeworfen abgeschlagen, die Reformmaßregeln und den Ausbau der indirekten Steuern, und man hinter sich weiter auf den einen Bein, dem der sozialen Fürsorge allein. Auf dem Punkte sind wir heute, und wir können mit dem letzten Punkt auf Solonos folgen: So gar nichts abnehmend fast nur, doch ist kam! Gerade diejenigen, welche die soziale Fürsorge ins Ungehemmte treiben wollen, denen nicht genug gefehlet kam auf diesen Gebieten und die sich dabei immer betrauen auf die Allerhöchste Botschaft von 1881, haben die meisten gar nicht geleht, sie wollen nichts wissen von den anderen Sachen, welche die Botschaft bringt, sind weder für ein Sozialengesetz noch für eine indirekte Steuern zu haben. Dagegen haben sie uns die Erbschaftsteuer gebracht, an welche Herr Bismarck sicher nicht gedacht hat. Die Revolution, welche die Steuer- und Wirtschafts-Reformer zu den Erörterungen über unsere sozialpolitische Gesetzgebung annehmen, lautet in der eigentlichen, den Reichs- und Staatsbehörden übermittelten Fassung folgendermaßen:

Streitverfahren; 2. eine ausgiebige Erschließung der in der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 indizierten indirekten Steuerquellen in Verbindung mit den von ihr betonten Reformmaßnahmen gegen die gemeingefährlichen Verbrechen der Sozialdemokratie. Ohne diese beiden Vorbedingungen ist die sozialpolitische Fürsorge, zumal in der Gestalt, welche sie angenommen hat, als dem Sinne der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 widersprechend und den Zwecken und Zielen derselben zumiderlaufend anzusehen.

### Deutsches Reich.

#### Stiftung einer Südwesterfriden-Münze.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Urkunde betr. die Stiftung einer Denkmünze für die Krieger, die an der Wiedererwerbung der Küste in Südwestafrika beteiligt waren. Die Denkmünze besteht aus Bronze oder Stahl. Die Bronze-Münze erhalten alle Personen, die an den kriegerischen Ereignissen unmittelbar beteiligt waren; zur Verleihung der Denkmünze aus Stahl können die Personen vorgeschlagen werden, die bei den Vorbereitungen zur Entsendung der südwesterfriden Streitkräfte in außergewöhnlicher Weise tätig waren, sowie Angehörige der Schiffe deutscher Kriegereidern, die zur Beförderung von Truppen und Kriegsgut nach Südwestafrika gedient waren. Die Denkmünze geht auf der Vorderseite den Kopf der Germania und die Aufschrift: „Südwestafrika 1904—06“ und auf der Rückseite den kaiserlichen Namenszug, darüber die Kaiserkrone und bei der Denkmünze aus Bronze darunter zwei gekreuzte Schwerter sowie die Aufschrift: „Den Hiegereichen Streitern“, bei der aus Stahl unter dem Namenszug einen Lorbeerzweig und die Aufschrift: „Erdienste um die Expedition“. Die Denkmünze wird auf der linken Brust an einem an beiden Rändern mit einem schwarz-weißen Längsstreifen und in der Mitte mit einem rot-roten Querstreifen versehen. Die Denkmünze wird angedeutet vor der China-Denkmünze. Die Teilnehmer an den einzelnen Gefechten sind berechtigt, auf dem Bande der Denkmünze Spannen mit dem Namen zu tragen. Die Denkmünze wird die abgegriffene Bezeichnung „Südwesterfriden-Denkmünze“.

**Oberst v. Demling.** — Oberstleutnant v. Storr. Das „Militärwochenblatt“ veröffentlicht die Beförderung des Obersten v. Demling zum Generalmajor und Enthebung desselben von der Stellung als Kommandeur der Schutztruppe sowie die Ernennung des Oberstleutnants v. Storr zum Kommandeur der Schutztruppe. Wir sprachen bereits gestern entsprechende Vermutungen aus.

**Deutschland und Frankreich.** Der deutsche Botschafter in Paris, Herr Radolin, sprach bei der Reichsfeier des Vertreters des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau im Namen der deutschen Regierung das Beileid anlässlich des Verlustes aus, welchen Frankreich durch das Hinscheiden des berühmten Gelehrten erlitten hat. Clemenceau dankte mit den herzlichsten Worten für diese Teilnahme.

Reichstagsfänger wieder, in der dieser u. a. jagte, es sei ihm unangenehm, wie man annehmen könne, Deutschland wolle sich in die inneren Verhältnisse der habsburgischen Monarchie einschließen, was mit den dauernden Traditionen der deutschen Politik, von denen er niemals abgewandeln lie, im Widerspruch stehen würde. Auch in den Konflikt zwischen Gies- und Transleithanien hätten wir uns nicht eingeschli. Die Erhaltung der vollen Unabhängigkeit und der ganzen Maßhaltigkeit in der Donaumonarchie sei für Deutschland ebenso nützlich und notwendig wie die Erhaltung der deutschen Maßhaltigkeit für die Donaumonarchie, und zwar für Oesterreich wie für Ungarn.

**Die Schießerische von Neufahrwasser.** Aus Neufahrwasser wird untern getriggen Datum gemeldet: Mit den Artillerie-Schießerischen auf freie und schwebende Ballons ist heute begonnen worden. Der freie Ballon Nr. 1 wurde durch drei Schrapnellstücken heruntergebradert. Ein zweiter freier Ballon ging unversehrt landeinwärts. Der Fesselballon Nr. 3 wurde glatt heruntergehoffen.

**Aus dem Hamburger Hafen.** Der Hafenbetriebsbereich gibt jetzt eine neue Arbeitsordnung bekannt für solche Arbeiter, die ein Vertragsverhältnis für ein Jahr eingehen. Diefelbe bestimmt, daß der Wochenlohn bei sechshundert Arbeitstagen 30 Mk. der Stundenlohn für Ertarbeiteten in Kaufe und nachts 1 Mk. beträgt. Die Arbeiter werden im Laufe des Monats nicht mehr als zwei Wochen lang, die nicht aufeinanderfolgend, zu Nachtschichten herangezogen. Während der Zeit der Beschäftigung in der Nachtschicht hat der Arbeiter am Tage seine Arbeit zu leisten. Für die Nachtschicht wird kein Nachtzuschlag kommenden befristeten Verhältnisse Spezialbedingungen getroffen worden.

### Ausland.

#### Rußland.

##### Wichschina.

Die Duma beschloß in ihrer Montagssitzung, viernel wöchentlichen Sitzungen abzuhalten, und am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag. Staatsrat (Rat) fordert die sofortige Beratung des Antrages auf Abschaffung der Feldgerichts. Der Präsident ließ darüber abstimmen. Die Duma beschloß, zur sofortigen Beratung des Antrages überzugehen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Wladimir Schelch. Die Beratung geschloste sich sehr lebhaft. Als Minister mit Schelch anwesend war bei dem Antrage der Debatte hielten die Redner der Arbeiter und der Linken überaus heftige Ansprachen. Die sozialistischen Abgeordneten und die der Arbeiterpartei adelsten mit den schärfsten Ausdrücken die Handlungsweise der Regierung. Der Moskauer Anwalt Wastlow (Rat) hielt eine lange und eingehende Rede, in der er ausführte, die Staatsgenialität dürfe nicht den Revolutionärsklub nachahmen. Das Feldgericht sei eine Einrichtung ohne Zweck; es unterdrücke das Gesetz. Es werde zwar die Revolution zertrennen, aber nur Wilde würden von diesen Trümmern übrig bleiben. Die Redner der Polen, Russen und Estlandern schlossen sich dem Antrage der Abschaffung auf Abschaffung der Feldgerichtsgerichte an. Um 8 Uhr abend wurde die Sitzung beendet.

##### Bulgarien.

Die Regierung unterbreitet der Sobranie einen Gesetzentwurf, durch welchen Personen, die gegen den Fürsten, den Thronfolger, die Minister, Staatsanwälte, Gerichtsbeamte und Kommandanten von zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausgesendeten Militärabteilungen Attentate verüben oder verüben, sowie Mitglieder der anarchistischen Vereine gegen die Sicherheit von Leben und Eigentum der kriegsgewichtigen Würdeträger unterworfen werden.

Anfolge der letzten strengen Regierungsnahmen nimmt die Gärung unter der Opposition zu. Die Gesetzesvorlage über die Abänderung des Verfassungsgesetzes veranlaßte durch ihre grohen Härten in der Sobranieabteilung am 25. cr. fürnirische Szenen. Bei der schärften Kritik der Vorlage seitens des Zentralrats (Rat) entstand ein förmliches Kampferge. zwischen den Abgeordneten der Majorität und der Opposition. Griforow wurde von dem regierungsfreundlichen Jovan mityhandelt. Anfolge des großen Kumulus wurde die Sitzung unterbrochen. Die radikalsten Demokraten hielten am 24. cr. eine Protestversammlung gegen das Verfassungsgesetz und forderten die Annahmehaltung auf, den Kampf gegen die Regierung fortzusetzen und eine weitere Verfassungsänderung durch die Regierung hintanzustellen.

##### Rumänien.

###### Die Wauerntungen.

Der „Ref. Sig.“ wird aus Bukarest vom 25. cr. gemeldet: Im Bezirk Rimnicu-Sarat in der Walachei berichtet Aufsicht. Die Bauern stellen jumeist Rumänen geldrige Gutstücke an und bringen in die Stadt Rimnicu-Sarat ein, wo sie mit dem Milite kämpfen. Die Stadt wurde verwüstet. Die Stadt Jaffa in der Moldau wurde ebenfalls verwüstet. Es wurden viele Häuser, deren Eigentümer Juden sind, zerstört, aber auch viele Rumänen gedörende Gutstücke verwüstet. In Bukarest ist die Lage ernst; zum Teile sind die Milite mit den von Engländerungen Boucau aben erbrachte Kampfe hat zu Verlusten im gegenwärtigen Entscheidern der Truppen vier Personen getötet. In Stefanesti, Bezirk Botolnici, fanden gegen die Juden gerichtete Aufstände statt. Die Bewegung verliert immer mehr den antimilitarischen Charakter.

Wegen der Unruhen ständen viele rumänische Flüchtlinge aus den Donauebenen auf Partien in die bulgarischen Donauebenen, Sibosow, Nicolai und Rujosow.

**Der Reichstagsabgeordnete Prinz von Arenberg ist, wie schon kurz gemeldet, am 25. cr. vormittags gestorben.** Prinz Franz Ludwig von Arenberg, ein Neffe des jetzigen Herzogs von Arenberg, wurde am 24. September 1840 auf Schloß Scharitz in Belgien geboren. Er widmete sich zunächst der diplomatischen Laufbahn, gab dieselbe aber auf, nachdem er in Stockholm, London, Petersburg und Konstantinopel Legationssekretär gewesen war. 1882 wurde er in das preussische Abgeordnetenhaus, 1890 in den deutschen Reichstag gewählt; er vertrat in beiden Parlamenten den Wahlkreis Baden I (Mädinger-Monarchie-Schieden) und gehörte der Zentrumspartei an. Im Reichstage hatte er den Ruf, in dem er sich besonders Interesse genommen; so war er seit vielen Jahren Berichterstatter der Budgetkommission über den Kolonialpolitik und hat sich in diesem Amte große Verdienste um die deutsche Kolonialpolitik erworben. Seit 1897 gehörte er auch dem Präsidium der Deutschen Kolonialgesellschaft an.

**Todesfälle.** Generalleutnant S. D. Friedrich von Rauch ist Montag morgen im 81. Lebensjahre in Schwerin gestorben. v. Rauch hat sich in der Schlacht von Wurst in Jour als Kommandeur der kaiserlichen Infanterie hervorgetan, ausgezeichnet und war Inhaber des Ehernen Kreuzes erster Klasse. Der kaiserliche Baron Appenborn in München ist gestern gestorben.

**Die innere Lage Oesterreich-Ungarns und die deutsche Politik.** Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Ein Wiener Blatt hat neuerdings verlegt, den Kaiser mit den Verhandlungen über den Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn in Beziehung zu bringen. Wir haben solche Verlege, die völlige Neutralität der kaiserlichen Politik gegenüber den inneren Angelegenheiten der habsburgischen Monarchie in Frage zu stellen schon mehrfach gesehen. Die neue Aufstellung als „Aufg.“ bezeichnen. Die Stellung der deutschen Politik in dem Streite zwischen Gies- und Transleithanien ist erst am 14. November 1906 von dem Reichstagsler vor dem Reichstage dargelegt worden. Die „N. A. Z.“ gibt dann den Wortlaut der damaligen Rede des

Die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung hat es nicht vermocht, Friederichheit in den Streifen der arbeitenden Bevölkerung herbeizurufen und die Unruhebewegungen einzufrieden. Es ist anzunehmen: 1. die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungsgebiete (Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung), die Vereinheitlichung und die Verbilligung ihrer Verwaltung, sowie die Vereinfachung des





